

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574  
Postfachkonto Dresden Nr. 1486. — Stadtkontenkonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum in amtlichen Teilen 60 Pf., unter Einbezug 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.

Verantwortlich für die Redaktion: J. S. Dr. Fritz Klauber in Dresden.

Nr. 215

Dresden, Dienstag, 15. September

1925

## Der Sozialdemokratische Parteitag in Heidelberg.

### Die Aussprache über den sächsischen Parteikonflikt.

Heidelberg, 14. September.

Am ersten Verhandlungstag des Parteitages wurden in der Vormittags-Sitzung die Beschlüsse über die Politik des Parteivorstandes entgegengenommen. In Bezug auf den sächsischen Parteikonflikt machte die Stellung des Parteivorstandes nach mehrerem Bedenken und der Debatte darüber war, einen Anhaltspunkt für einen möglichen Abbruch der Differenzen hat sie leider nicht ergeben. Für die Fraktionsmehrheit sprach Bethe-Dresden, ohne die Einigungsmöglichkeit zu bestreiten. Seine Ausführungen galten nur der Abwehr, wie auch Lipinski für die sächsische Organisation lediglich die Verteidigung der von ihm und seinen Freunden verfolgten Politik im Auge hatte. So bleibt der unter dem Vorsitz Zieglers gebildeten

#### Der Kommission

die Aufgabe vorbehalten, die beiden Richtungen einander näher zu bringen. Dieses zweifellos nicht leichte Werk dürfte aber nur dann vollkommen sein, wenn die Lösung des Konflikts, wie Stellung sagte, weder Sieger noch Besiegte auf dem Kampffeld verläßt.

In der Eröffnungsrede teilte der Vorsitzende mit, daß die Aussprache über den Sachkonflikt zu erledigt werden soll, daß ein Vertreter der sächsischen Organisation und ein Mitglied der sächsischen Landtagsfraktion das Wort in der Debatte erhalten sollen. Dann soll die Angelegenheit einer Kommission überwiesen werden. Der Parteitag billigte diesen Vorschlag einstimmig.

#### Stellung

führte in seinem Bericht über die Politik des Parteivorstandes zu dem sächsischen Konflikt u. a. folgendes aus:

Hätte der Geist der Kameradschaftlichkeit auch alle sächsischen Genossen beherrscht, so hätte der Sachkonflikt unendlich die Folgen annehmen können, die er heute hat. Der Vorstandsbereich schiedert ganz objektiv chronologisch Entstehung und Verlauf des Konflikts. Entsprungen ist der Streit aus der Frage unserer Beteiligung an Koalitionsregierungen.

Ein Begründungsartikel eines sächsischen Parteiblattes fand, daß dieses Thema die Kernfrage des Parteitages sein müsse. Im Gegenteil: wie werden darüber sehr wenig zu reden haben, weil die übergroße Mehrheit der Partei einzig in, daß wir die Koalitionsfrage praktisch von Fall zu Fall entscheiden und grundsätzlich das Zusammengehen mit dem uns näherstehenden bürgerlichen Parteien zur Erreichung bestimmter politischer Ziele gestattet.

Was macht dem Parteivorstand zum Vorwurf, daß er mit roher Hand in die Entwicklung des Sachkonflikts eingegriffen habe, als damals der militärische Einmarsch in Sachsen erfolgte. Aber der Parteivorstand mußte damals verhindern, daß auch noch Sachsen völlig in die Hände der Reaktion fiel.

Dann mußte der Parteivorstand in Sachsen die Politik führen, die entsprechend dem Beschluß des Reichsparteitages von Berlin von den Genossen der Fraktionsmehrheit betrieben wurde. Diese Genossen haben sich in ihrer großen Einsicht gebunden gefühlt und hätten können durch den Parteivorstand.

Es ist bedauerlich genug, daß es zur Spaltung der Fraktion kommen mußte, daß die Einigungsvorschläge, die in der Kommission unter Vorsitz von Heilmann gemacht wurden, nicht zum Ziele führten.

Unsere Bemühungen gingen immer wieder auf eine Einigung in Sachsen hinaus. Nachdem unsere Vorschläge abgelehnt waren, haben wir die Organisationsleistungen er sucht, und Vorschläge zu machen; sie haben Vorschläge gemacht, die bei der damaligen Situation nicht durchführbar waren. Dann haben wir selbst den Vorschlag gemacht, daß durch eine partielle Kommission unter Vorsitz der sächsischen Fraktionsmehrheit ein außerfraktionelles Schiedsgericht eingesetzt würde, um endgültig den Streit zu schlichten. Die Fraktionsmehrheit hat dem zugestimmt, die Fraktionsminderheit hat den Vorschlag abgelehnt. Wir sind über-

zeugt, wenn dieser Vorschlag angenommen worden wäre, wir uns heute mit dem Sachkonflikt nicht mehr zu beschäftigen brauchen. Weiterhin haben wir alles getan, um zunächst schnell zur Erledigung der Landtagsanträge zu kommen.

Wie wird die Lösung zu suchen sein? Die einen sind sehr schnell fertig mit dem Urteil: die 23 sind Disziplinbrecher und infolgedessen auszuschließen. So kann man aber einen tiefgreifenden Konflikt nicht lösen. Dadurch würde man das Feuer nicht löschen, sondern wieder auflockern lassen. Wir müssen uns also auf den Boden des Antages stellen, den der Parteivorstand in seiner Entscheidung vom 3. Juni angenommen hat:

Daß zunächst solange an Landtagsauflösung nicht gedacht werden kann, als ein gemeinsames Handeln innerhalb der Fraktion nicht möglich ist. Dann aber so rasch als möglich Auflösung des Landtags und Wiederherstellung der sächsischen Fraktion als Ziel zu verfolgen. Die Ausschließungen zurückzunehmen und ohne Bindung der Organisation die Auffassung der Kandidaten unter Berücksichtigung aller Richtungen vorzunehmen werden müssen.

In der Diskussion über den Vorstandsbericht erhielt zunächst als Vertreter der sächsischen Fraktionsmehrheit das Wort:

#### Bethe-Dresden:

Er führte u. a. aus:  
Wir hätten es lieber gesehen, wenn der Zeit zuerst getätigt worden wäre, der in Artikel und Anträgen vorwärts gegen die Fraktionsmehrheit erhoben hat, damit wir diese Vorwürfe zurückweisen konnten.

Aber die 23 haben sich niemals im sächsischen Streit als schuldig gefühlt. Sie sind stolz der Auffassung gewesen, daß das, was sie getan haben, im Einklang mit dem Gesamtinteresse der Partei stand.

Wir haben uns auf den Parteitag gestellt, wo wir endlich einmal vor der Partei das sagen können, was uns bisher in der Parteipresse und in Versammlungen verweigert worden ist. Die Klagen, die in den letzten Wochen vor dem Parteitag in der Presse gegen uns erhoben worden sind, waren völlig einseitig. Seit gut einem Jahre sind wir aus dem Versammlungsleben ausgeschlossen. Wir dürfen unsere Meinung auch nicht sagen, als wir noch Mitglieder waren. Seit zwei Jahren hat man uns auch von Referaten in den Versammlungen ausgeschlossen. Selbst präparative Besprechungen wurden uns verweigert. Nun zur Sache selbst. Der Kern der Streitfrage ist die Frage: Staatsbejahung oder Staatsverneinung! Auf der anderen Seite wird gesagt: Jedes Partieren mit dem Bürgertum zweifelt die Republik ist eine Todsünde im Klassenkampfischen Geist der Sozialdemokratie und führt zur Verumpfung. Es hat schon im Reich gegenüber der Koalitionsopposition Parteimaschinen gegeben, die diese Politik nicht verstanden, so ganz besonders in Sachsen. Ein Teil der vereinigten Partei war vor der Vereinigung gegen jede Koalition selbst mit Sozialdemokraten und als man sich vereinigte, war diese Auffassung nicht tot und fand lebendigen Widerhall bei den Kommunisten und in der proletarischen Mehrheit. Da haben wir uns still gelassen, aber es zeigte sich in Sachsen bald, was wir jetzt alle wissen, daß die Kommunisten in das Parlament nur zogen, um den parlamentarischen Sozialismus zu diskreditieren. Kurz vor dem Reichstag wirkte weitaus mehr als durch sie in Sachsen verwickelt und mußten unsere wertvollen Regierungen opfern. Männer wie Bud und Lipinski mußten ihren Abschied nehmen. Verloren die Zeit wurde monatelang mit Reisen verbracht. Es wird erannt die Landesparlamenten

daß mit diesen Kommunisten praktische Arbeit nicht zu leisten war; sie empfahlen Koalitionen die Koalition mit den Demokraten, um die Staatsmaschine wieder in Gang zu bringen. Jetzt geschah das Ungeheuerliche: Eine in jahrelanger Parteiarbeit geschaute Parteileitung wurde abgesetzt, die Landtagsfraktion in ihrem ureigensten Element ausgeschaltet und die

#### Diktatur einer Siebener-Kommission

aufgestellt.  
Hätte der Parteivorstand damals durch gegiffen — er hatte freilich damals im Reich alle Hände voll zu tun — dann gäbe es heute keinen sächsischen Parteikonflikt. (Zurufe von sächsischer Seite: Demokratische Disziplin! Reden Sie doch nicht von Disziplin!) Wo war denn Demokratie und Disziplin, als man die Diktatur in der Siebener-Kommission aufstellte? Da wurden heimliche Abmachungen mit den Kommunisten geschlossen, da wurden Hunderttausende durch diese Situation

#### Ministerium Zeigner.

Es sprache über den Mann nicht, er ist eben politisch tot. Die Regierung dieses wandelstumpfen, einschüchternen Politikers mußte natürlich zum Zusammenbruch führen. Die Kommunisten hielten zwei Minister. Drandler sollte als Ministerialdirektor die Herrschaft über die Politik bekommen.

Die Kommunisten ganz Deutschlands wurden nach Chemnitz zusammengerufen, um den Kontakt zum Bürgerkrieg zu vollziehen, und die russischen Antriebe waren mit ihren Photographen zur Stelle, um den historischen Moment der Auslösung des Generalstreiks für ganz Deutschland aufzunehmen. Es gelang nicht, aber die Reichsregierung sah dadurch einen billigen Vorwand, in das rote Sachsen einzumarschieren.

#### Ultimatum der Reichsregierung

Es kam das berühmte  
auf Entfremdung der kommunistischen Minister. Wenn damals die sächsische Parteileitung etwas politischen Verstand gehabt hätte, hätte sie einlenken müssen, wie übrigens Zeigner und Krat hatten nur die revolutionäre Werkzeuge. Obwohl Sachsen nicht größer ist wie Berlin, legten sie einen Nachweis an den Tag, der in seiner Revidiert erbaumungswürdig war. Sie sprachen das revolutionäre Wort — die Reichswehr marschierte und der Diktator einzog kam. Zwar sollten Parteivorstand und Generalkommission die Parole zum Generalstreik geben, wo Hunderttausende Arbeiter auf der Straße lagen und nichts zu essen hatten. So wollten es die Generalkommissionen Wöllcher und Schewitz, und wer nicht mitmachte, war Verräter. Dabei hätten Sie einmal in Sachsen die revolutionären Massen streifen lassen sollen! Die größten Schreier gingen überhaupt nicht aus dem Betrieben und noch nie ist ein Streik so jammervoll zusammengebrochen. Was wir in mühseliger Arbeit erreicht hatten, drohte zerfallen zu werden. Wir brauchen um jeden Preis die Entfernung des Diktators und eine regierungsfähige Regierung.

#### Ministerium Zellisch

zusammen mit Unterstützung der Demokraten und unter stillschweigender Billigung der Deutschen Volkspartei. Aber wieder fanden die Leute mit dem revolutionären Man kein anderes Ziel, als die neue Regierung zu zerlegen. Sie ließen die Demokraten so lange vor den Kopf, insbesondere Liebmann, bis sie uns vor die Frage stellten: Auflösung des Landtags oder große Koalition? In jener Zeit waren unsere Zeitungen geschwächt, die Gewerkschaften schwach, die Partei auf 50 Prozent zusammengeschrumpft. Verzeiwung trieb die Massen in das Lager der Demagogen. Da wollten wir nicht durch Neuwahlen das Land den Bolschewiken und Deutschnationalen ausliefern. Wie richtig wir gesehen haben, beweisen die Gemeindevahlen. Vor den Neuwahlen hatten wir in 15 von 28 Bezirken die Mehrheit, danach in keinem.

Auf dem Berliner Parteitag wurde ausgedrückt, was man uns wegen Bildung der großen Koalition 1/2 Jahre lang an Schande und Schmach angetan hatte. Aber schon 8 Wochen später ging die Hege, diesmal unter Führung Lipinski, wieder los. Vorwand bei der Beamten-

abbau, bei dem vielleicht Richter vorgekommen sind, aber bei dem wir im ganzen durchaus bestehen können. Wir haben 13 1/2 Prozent höhere Beamte und 11 1/2 Prozent höhere sozialistische Beamte abgebaut. In Preußen, Baden und Braunschweig hat kein Mann danach geklagt, aber gegen uns hat man den Abbau schwächerer Kräfte und die notwendigen Konzeptionen an das Militär schamlos ausgebeutet. Wir haben in Sachsen

#### ein wahres Martyrium

aussehen müssen. Alle Angehörigen unserer Richtung wurden gefändigt, zuerst ich selbst, der ich 12 Jahre als Parteiführer allein in Sachsen tätig war. Wir wandten uns beschwerdeführend an den Parteivorstand. Er sandte uns erneut die Sachkommission des Berliner Parteitages. Genosse Heilmann bezeichnete die Reichstagsauflösung des Dezember als ein Geschenk des Himmels. Wir sollten gleichzeitig in Sachsen auflösen und uns über die Kandidatenfrage verständigen. Aber die Gegenseite hat niemals ernsthaft die Heilmannschen Vereinbarungen durchzuführen beabsichtigt. Fortwährend wurde einseitig an den Vereinbarungen gearbeitet und die Kandidatenaufstellung so spät angelegt, daß der Parteivorstand nicht mehr hätte eingreifen können.

Lebhaft beschloß der Parteivorstand und Parteilauf, daß wir die Vereinbarungen nicht eher durchführen sollten, ehe nicht die Erfüllung der Abmachungen gesichert sei.

In der Tat hätte die Landtagsauflösung nur den Deutschnationalen einen Gewinn erwiesen. Ihr Führer erklärte im sächsischen Landtag, daß durch Neuwahlen Sachsen auf den Weg zurückerhalten werden müsse und daß die Kämpfe auf der Linken jetzt sicheren Erfolg versprechen. Das Wahlergebnis vom 7. Dezember zum Reichstag war in Sachsen äußerst günstig, weil hier der sächsische Streit keine Rolle spielte. Aber selbst wenn diese Wahl in den sächsischen Landtag eine bürgerliche Mehrheit gebracht hätte, was hätte das bedeutet in Sachsen mit seinen schroffen Klassenverhältnissen und dem seit Zeigner aufgeheizten Haß? Bei dieser Reichstagswahl hat die sogenannte Linke alle Vermittlungsversuche abgelehnt. Wir haben inzwischen trotz aller schweren Bedenken allen Vorschlägen zugestimmt, die im Interesse der Einigung gemacht worden waren.

Dann kam die Hindenburg-Regierung. Was die „Münchener Post“ darüber geschrieben hat, ist ein Artikel Lipinski's (Dort, dort!) Von den führenden Zuständen wurden damals Beschlüsse gefaßt, die die Beschlüsse des Parteivorstandes als Anfinn, als parteigefährlich hinstellten, und diese Beschlüsse wurden in der ganzen sächsischen Partei verbreitet.

Das Ergebnis dieser glänzenden Führung war, daß im roten Sachsen Hindenburg über Sozialdemokraten, Kommunisten, Lemotaten und Zen-

#### Die sächsische Landwirtschaftskammer für Wiedereinführung der Einfuhrschleine.

Die Landwirtschaftskammer hat sich an das Wirtschaftsministerium gemeldet mit der Bitte, sich für den sofortigen Erlass der Wiedereinführung der Einfuhrschleine einzusetzen. Seit mehreren Jahren hat die deutsche Landwirtschaft ihre Getreide unter Weltmarktpreis abgeben müssen. In den Verhandlungen über die Änderung des Zolltarifs ist jedoch allgemein anerkannt worden, daß man zum weiteren Bestand der Landwirtschaft die Weltmarktpreise zum mindesten wieder erreichen müsse. Die geographische Lage der sächsischen Überschussgebiete erschwert den Absatz des dort erzeugten Getreides ganz erheblich durch die Verdrängung der hohen Sahnsackfrachten. Das im Osten erzeugte Getreide wird deshalb auf den Preis, besonders auch in Mitteldeutschland drücken, sobald die an sich viel zu niedrigen Zölle ohne jede Wirkung bleiben dürften.

#### Landtagsabgeordneter Rood

Der Landtagsabgeordnete Zimmermeister Rood Dresden ist letzte Nacht gestorben. Er gehörte der Deutschen Volkspartei an und war Mitglied des Reichstages.